



**23. März 2018**

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

### **Inhalt:**

- **Große Koalition nimmt jetzt ihre Arbeit auf**
- **Generaldebatte zur Gesundheitspolitik**
- **Recht und Verbraucherschutz – Arbeitsgruppe gut aufgestellt**
- **Bundeswehrmandate wurden beendet, verlängert und verändert**

## Große Koalition nimmt jetzt ihre Arbeit auf

Am Mittwoch fand die erste Generaldebatte nach der Konstituierung der neuen Bundesregierung mit unseren sechs sozialdemokratischen Ministerinnen und Ministern statt. Unsere Fraktionsvorsitzende antwortete dabei der Bundeskanzlerin. Sie skizzierte die zentralen Herausforderungen, die in unserem Land anzupacken seien. Es gehe darum, den sozialen Zusammenhalt zu stärken, so Nahles.



Andrea Nahles, Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

In der Generaldebatte machte Nahles deutlich, dass wir die Alltagsorgen der Menschen sehr ernst nehmen müssen. „Sozialer Zusammenhalt beginnt in der Nachbarschaft und Nachbarschaft ist „Heimat im besten Sinne“, so unsere Fraktionsvorsitzende.

Wir brauchen ausreichend bezahlbaren Wohnraum, auch in den Städten muss Wohnen bezahlbar bleiben. Auch in der Gesundheitsversorgung und Pflege wird es konkrete Verbesserungen für die Menschen geben, kündigte Nahles an. Gerade hier werden wir die Bezahlung von Fachkräften verbessern und mehr Personal einstellen.

Die SPD-Fraktionsvorsitzende betonte gleichzeitig, dass wir an unserem Ziel der Vollbeschäftigung ebenso festhalten, wie an der Förderung von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. „Entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sind Investitionen in die Bildung. Von der Kita bis zur Weiterbildung,“ so Nahles weiter. Hier

werden wir in der Wahlperiode 11 Milliarden Euro zusätzlich für die Verbesserung der Infrastruktur bereitstellen. Durch eine Grundgesetzänderung werden wir zudem die einfachere Beteiligung des Bundes an der Finanzierung von Bildungseinrichtungen ermöglichen.

Andrea Nahles wies in ihrer Rede auch darauf hin, dass für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ein funktionierender Generationenvertrag von besonderer Bedeutung sei. „Wir müssen einen gerechten Ausgleich zwischen Jung und Alt schaffen“, so unsere Fraktions-Chefin. Durch die Einführung der Grundrente wollen wir die Lebensleistung der Menschen anerkennen und sorgen für mehr Gerechtigkeit.

Schließlich ging sie in ihrer Rede auch auf Europa ein. Sozialer Zusammenhalt und ein friedliches Zusammenleben funktioniere nur in einem starken und friedlichen Europa. „Wir wollen gemeinsam mit Frankreich die Europäische Union stärken. „Auf globale Herausforderungen müssen wir eine gemeinsame europäische Antwort finden“, erklärte die SPD-Politikerin. Allerdings, so Nahles abschließend, ist für uns Sozialdemokraten entscheidend, dass wir dabei auch gemeinsame soziale Standards schaffen.

## Generaldebatte zur Gesundheitspolitik

**Auf die Regierungserklärung zur Gesundheitspolitik antwortete Dr. Edgar Franke für die SPD-Bundestagsfraktion.**



Es gäbe vor allen Dingen drei Bereiche, denen sich die Gesundheitspolitik der neuen Bundesregierung widmen müsse, so der Gesundheitspolitiker Franke. Das sei die Pflege, vor allen Dingen natürlich die Altenpflege. Desweiteren die Sicherstellung der flächendeckenden medizinischen Versorgung und die Sicherung der Versorgungsqualität in der stationären Krankenhausversorgung.

In diesen drei Bereichen wurde bereits in der vergangenen Legislaturperiode viel auf den Weg gebracht. Fast alles davon trage die sozialdemokratische Handschrift. Ebenso im neuen Koalitionsvertrag: „Vieles haben wir im Koalitionsvertrag weiterentwickeln können“, stellt der Gesundheitsexperte fest. In der Pflege wurden, gerade in den häuslichen Bereichen,

wie bei der Tages- Kurzzeit und Verhinderungspflege, viele Verbesserungen erzielt, die auch bei den Menschen spürbar ankämen.

Nun müsse die Gesundheitspolitik dafür sorgen, dass nicht nur mehr Personal in den Alten- und Pflegeheimen beschäftigt werden könne. Durch die Allgemeinverbindlichkeits-erklärung von Tarifverträgen würden endlich auch bessere Arbeitsbedingungen für Altenpflegerinnen und Altenpfleger geschaffen werden.

Deutliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen im Bereich des Krankenhauses solle durch die Festlegung von Personaluntergrenzen erfolgen. Und Franke betonte: „Nicht nur in den pflegesensitiven Bereichen, sondern in allen bettenführenden Abteilungen!“

Weitere Schritte bei der flächendeckenden Versorgung müssten nun auch unternommen werden. „Wir haben den Kassenärztlichen Vereinigungen durch das Pflegestärkungsgesetz Instrumente wie auch finanzielle Mittel in die Hand gegeben, damit diese dem Ärztemangel auf dem Land entgegenwirken können“, so Franke weiter.

Und mit Blick auf den ländlichen Raum: „Wir wissen alle, dass die Ärzte auf dem Land immer älter werden und dass es immer weniger junge Ärzte auf dem Land gibt. Insofern ist es richtig, dass wir nicht nur weiter mit Ansiedlungsprämien und erhöhten Honorierungsmöglichkeiten arbeiten, sondern dass wir ganz konkret im ländlichen Bereich dafür sorgen, dass Ärztinnen und Ärzte ihr Engagement besser finanziert bekommen und es keine Zulassungssperren mehr gebe.“

Es müsse auch die Spezialisierung in Krankenhäusern vorangetrieben werden, um die Versorgungsqualität zu sichern. Dabei dürften aber nicht die kleinen Krankenhäuser, die in der Fläche benötigt würden, nicht vergessen werden. Das wissen wir Nordhessen mit unseren kleinen Krankenhäusern in Wolfhagen und Fritzlar nur zu Genüge.

Abschließend betonte Franke, der rote Faden sozialdemokratischer Gesundheitspolitik sei es, den Menschen unabhängig von ihrem Wohnort, unabhängig von ihrem Alter, unabhängig von ihrem Einkommen und auch unabhängig von ihrem Versichertenstatus die bestmögliche Versorgung zukommen zu lassen.

Dies werde man als Leitidee der Gesundheitspolitik weiterhin durchsetzen und man erwarte von dem neuen schwarzen Gesundheitsminister, dass er diesen roten Faden weiter spinnen werde.

## Recht und Verbraucherschutz – Arbeitsgruppe gut aufgestellt

**Die Arbeitsgruppe Recht und Verbraucherschutz der SPD-Bundestagsfraktion hat auf ihrer Klausurtagung den Kurs und die Themen für die kommenden 4 Jahre festgelegt.**

Am Montag trafen sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe Recht und Verbraucherschutz der SPD-Bundestagsfraktion zu ihrer ersten Klausurtagung. „Neben organisatorischen Fragen ging es vor allem um Inhaltliches“, berichtet Esther Dilcher, die als Rechtsanwältin und Notarin Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz ist. „Wir werden jetzt zügig die Arbeit aufnehmen und zusehen, dass wir vor allem die Vorhaben angehen, die uns als SPD besonders am Herzen liegen“, so die Abgeordnete weiter.



Besonders die nachhaltige Verbesserung des Verbraucherschutzes soll zügig angegangen werden. Der Dieselskandal hat es zuletzt wieder überdeutlich gemacht: Wir brauchen einen starken Verbraucherschutz, der den Menschen hilft, ihr Recht durchzusetzen und sie vor finanziellem Schaden zu bewahren. „In unseren Augen ist der Dieselskandal dabei aber nur die Spitze des

Eisbergs, wir müssen in vielen Bereichen deutlich verbraucherfreundlicher werden“, so Esther Dilcher.

Ein erfolgversprechender Weg hin zu mehr Verbraucherfreundlichkeit ist die Musterfeststellungsklage. Sie würde es beispielsweise Verbraucherschutzorganisationen ermöglichen zu klagen. Die einzelnen Verbraucher könnten so vom finanziellen Prozesskostenrisiko befreit werden.

Die Rechte der Kinder werden ins Grundgesetz aufgenommen. Dafür haben wir als SPD lange und nun erfolgreich gekämpft.

Neue Richterstellen stehen – ebenso wie neue Stellen in den Sicherheitsbehörden – ebenfalls ganz oben auf der Tagesordnung. Deutschland soll ein sicheres Land bleiben.

Hinsichtlich des § 219a StGB haben wir die Ankündigung der Kanzlerin anlässlich ihres Besuches bei der SPD-Bundestagsfraktion, dass hier ein Regierungsentwurf vorgelegt wird. Wir erwarten zumindest eine so genannte Tatbestandsänderung. Diese würde verhindern, dass Ärztinnen und Ärzte, die objektiv über die Möglichkeiten eines Schwangerschaftsabbruchs informieren, sich dem Vorwurf der Strafbarkeit ausgesetzt sehen. Schließlich

stellen die Ärzte und Ärztinnen nur Informationen zu etwas zur Verfügung, das unter den Bedingungen von §218 StGB erlaubt ist.

Des Weiteren werden wir die Wirksamkeit der Mietpreisbremse und des Mietspiegels überprüfen und gegebenenfalls nachbessern. Auch eine Reform des Wohnungseigentumsrechts und des Mietrechts haben wir uns vorgenommen.

Über diese und viele weitere Vorhaben werden wir Sie zukünftig auf dem Laufenden halten.

## **Bundeswehreinsätze wurden beendet, verlängert und verändert**

**In Deutschland unterliegen alle Auslandseinsätze unserer Bundeswehr einem Parlamentsvorbehalt. Das bedeutet, alle Einsätze bedürfen zwingend der Zustimmung des Bundestages. Auch die neue Bundesregierung wird in internationalen Krisen- und Konfliktregionen weiterhin politische Verantwortung übernehmen. Gleichwohl überprüfen wir als Parlament auch immer wieder, ob bereits laufende Auslandsmandate verlängert oder verändert werden müssen.**

Wir haben in dieser Woche zwei Mandate beendet: Zum einen das Ausbildungsmandat für die kurdischen Peschmergas im Nordirak und ebenso das Ausbildungsmandat in Somalia. Über die Verlängerung von fünf Bundeswehrmandaten hat der Bundestag in dieser Sitzungswoche abgestimmt.

Die Mandate für den Sudan, den Südsudan und für den Einsatz im Mittelmeer wurden unverändert verlängert. Das Ausbildungsengagement in Afghanistan wird ebenfalls fortgesetzt, um Afghanistan langfristig stabilisieren zu können. Aufgrund einer veränderten Sicherheitslage wird der Schutz für die Ausbilder in Abstimmung mit den Partnern erhöht, damit die Ausbildungskapazitäten besser genutzt werden können.

Wir wollen ein Wiedererstarken des IS verhindern! Das Anti-IS-Mandat wird im Sanitätswesen und bei der Kampfmittelbeseitigung weiterentwickelt. Da militärische Aufgaben wegfallen, konnte der Bundestag die Anzahl der dort eingesetzten Soldaten von 1.200 auf 800 deutlich reduzieren. Künftig trägt Deutschland zur umfassenden Stabilisierung des Iraks und der nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors auch durch Beteiligung am so genannten Fähigkeitsaufbau im Rahmen des Gesamtansatzes der internationalen Anti-IS-Koalition bei. Das verhindert vor allem ein Wiedererstarken des IS.

In Mali hat die Große Koalition wegen der Übernahme von UN-Aufgaben die personelle Obergrenze um 100 Soldaten erhöht. Festgeschrieben ist im Mandat der Abzug deutscher Hubschrauber bis zum Sommer. Mali ist Kernland der Sahelzone und spielt damit eine Schlüsselrolle für Stabilität und Entwicklung der gesamten Sahel-Region, vor allem, wenn es um Terrorismus, Kriminalität und irreguläre Migration geht.

Für uns als SPD-Bundestagsfraktion kann das Engagement der Bundeswehr immer nur ein Beitrag zu umfassenden politischen Bemühungen um Frieden und Stabilisierung sein. Die Fortsetzung der politischen und zivilen Friedensbemühungen ist deswegen für uns Sozialdemokraten immer unmittelbar mit den Mandatsverlängerungen verbunden.

**So erreichen Sie uns:**

**Esther Dilcher, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030-227-75113  
[esther.dilcher@bundestag.de](mailto:esther.dilcher@bundestag.de)

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27  
34497 Korbach  
Tel.: 05631-974712  
[www.estherdilcher.de](http://www.estherdilcher.de)

**Dr. Edgar Franke, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030-227-73319  
[edgar.franke@bundestag.de](mailto:edgar.franke@bundestag.de)

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c  
34582 Borken  
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5  
35066 Frankenberg  
Telefon 06451 717950  
[www.edgarfranke.de](http://www.edgarfranke.de)

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke – Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.